

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.20 Uhr
Ende: 13.20 Uhr

1) Nutzung der Freiflächen an den Grazer Schulen in den Wintermonaten

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

Glücklicherweise wird das Angebot an ganztägigen Schulformen in Graz immer umfassender. Wichtig ist dabei aber auch, dass sich die Schülerinnen und Schüler in den Pausen und am Nachmittag ausreichend im Freien bewegen können. Das ist nicht nur gesund, sondern erleichtert auch das Lernen. Nicht überall jedoch besteht dazu die Möglichkeit. In der Volksschule und der NMS Viktor Kaplan in Andritz etwa ist der Platz im Winter nur spärlich vorhanden. Die asphaltierte Freifläche vor der Schule dient als Parkplatz, und der große begrünte Sportplatz hinter der Schule darf in der kalten Jahreszeit – wie in allen städtischen Schulen – nur genutzt werden, wenn ausreichend Schnee liegt. Die Schulsportplätze dürfen auch dann nicht benutzt werden, wenn es so warm und trocken ist, wie es die bisherigen Monate in diesem Spätherbst und Winter waren.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass die Grazer Schülerinnen und Schüler auch in den Wintermonaten ausreichend Platz im Freien haben, wo sie sich in den Pausen und am Nachmittag bewegen können?

*Aufgrund eines technischen Gebrechens konnte die Wortmeldung von GR. Mag. Fabisch und der Beginn der Antwort von StR. Hohensinner, MBA, nicht protokolliert werden.
(Anmerkung der Schriftleitung)*

StR. **Hohensinner**: ...ausgeht und zum anderen, wenn absehbar ist, wenn durch diese Benutzung im Winter eine Rasenfläche nachhaltig geschädigt wird, dann beschließt die Schulleitung gemeinsam mit dem Schulwart; eine Fläche zu sperren. In Andritz kann ich nur sagen, ich war jetzt in der letzten Zeit öfters auf diesem Schulareal unterwegs, dort wird die Schule umgebaut, daher gibt es auch das Erfordernis, dass einige Flächen gesperrt sind, aber als Antwort kann ich dir sagen, ich bin nicht bereit, eine generelle Regelung zu machen. Ich bin davon überzeugt, dass die Schulleitung gemeinsam mit dem Schulwart das sehr gut entscheiden kann, wann welche Schule gesperrt wird.

GR. Mag. **Fabisch**: ...ob es einen Stichtag gibt oder nicht. Es gibt ihn anscheinend nicht und es wäre, glaube ich, günstig und in dem Fall Andritz wäre es sehr angebracht gewesen; Schulen anzuregen, so lange es die Wettermöglichkeit erlaubt, Schüler ins Freie zu lassen. Es geht ja nur dann wieder, wenn Schnee liegt und der Boden gefroren ist, das ist klar, die Wiese soll geschützt werden, das ist klar, der Gatsch soll vermieden werden, aber in diesem Spätherbst und Frühwinter wäre eine stärkere Nutzung im

Freien ohne weiteres vorstellbar gewesen. Bist du dazu bereit, die Schulen anzuregen, in diesem Sinne vorzugehen (*Applaus KPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Nur noch einmal, ich glaube, dass die Schulleitung gemeinsam mit dem Schulwart das sehr gut entscheiden kann, aber trotzdem als Sportreferent bin ich natürlich auch interessiert, dass sich die Jugendlichen wirklich möglichst viel bewegen und ich glaube in unser aller Sinne werde ich noch einmal ein Mail aussenden, wo ich das unterstreiche, dass möglichst lange alle Flächen benutzt werden sollen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Habe auch die Freude, einen ehemaligen Kollegen des Grazer Gemeinderates hier begrüßen zu dürfen auf unserer Galerie, der Steinmetzmeister unser Kollege Rohardt Reif ist da, herzlich willkommen, schön, dass du wieder einmal da bist (*allgemeiner Applaus*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 12.25 Uhr den Vorsitz.

2) Neugestaltung Geidorfplatz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! In der Politik gehen die Mühlen meistens sehr langsam, auch im Falle des Geidorfplatzes war das leider der Fall. Bereits im Jahre 2012, kurz vor der Gemeinderatswahl, haben sich im Bezirk Geidorf alle Fraktionen zusammengesetzt und haben ein an sich sehr gutes Konzept auch ausgearbeitet. Es gab dann auch eine BürgerInnenversammlung, im Zuge derer das Konzept noch einmal besprochen und reflektiert worden ist und seitdem ist es ein bisschen wie täglich grüßt das Murmeltier, wenn man zu den Bezirksversammlungen geht, denn jedes Jahr wird die Bezirkspolitik dann darauf angesprochen, wann denn die Umsetzung dieses damals beschlossenen und kommunizierten Konzeptes erfolgt. Heute habe ich mit Freuden in der Zeitung gelesen, dass es tatsächlich schon einen Zeitpunkt geben soll. Ich darf die Frage noch einmal wiederholen und freue mich über diese Meldung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wann ist mit der Umsetzung zu rechnen und gebe Ihnen damit die Gelegenheit, das noch einmal auszuführen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur Umgestaltung des Geidorfplatzes liegt ein einstimmig verabschiedeter Bezirksratsantrag vom November 2011 vor, der kleinere bauliche, gestalterische und verkehrsorganisatorische Veränderungen zum Gegenstand hat: Entfall der Parkplätze vor dem Kino und hinter den Ständen, Ausweitung des Bauernmarktes bei Bedarf auf den Parkplatz während der Marktzeiten, Platzgestaltung vor der Häuserfront mit Sitzgelegenheiten, dem Marktbereich und einen Brunnen. Beidseitige Bewirtschaftung der Kioske sollen ermöglicht werden, die Erhaltung des dort befindlichen Baumbestandes, eine konfliktfreie Platzquerung, in dem Fall auch Parkplatzquerung für Fußgänger und Radfahrer und die Neugestaltung der Müllinseln. All das war dort unterzubringen, von der Stadtplanung wurde 2012 Analyse und Gestaltung von Verbesserungsplänen ausgearbeitet, diese Pläne wurden im Oktober

2012 dem Bezirksrat gemeinsam mit der Stadtbaudirektion vorgestellt und generell wohlwollend zur Kenntnis genommen. Für die Umsetzung des Sanierungsprojektes Geidorfplatz haben aber bislang die Mittel gefehlt. Diese Mittel kann ich nun zur Verfügung stellen, es sind bereits 300.000 Euro an Mitteln jetzt reserviert. Eine Umsetzung ist im heurigen Sommer 2016 vorgesehen. Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung wird in einer der nächsten Sitzungen darüber informiert werden beziehungsweise wird auch der Bezirksrat Geidorf dann in der nächsten Sitzung über das Projekt und die Ausschreibungen und den genauen Bau Termin dann informiert werden. Es wird heuer stattfinden (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Eine kurze Anmerkung. Vielen Dank, dass das so schnell geht, wenn die Antwort auf die Fragen und die Umsetzung immer so schnell gehen würde, das wäre wirklich sehr schön und dann könnte ich mir für das nächste Mal das Feinstaubproblem vornehmen und die Frage darauf dann das Budgetproblem und Ähnliches. Dankeschön jedenfalls, ich glaube, Geidorf wird sich freuen und freue mich schon auf den neuen Geidorfplatz. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.30 Uhr den Vorsitz.

3) Möglicher Ankauf des Areals Kirchner-Kaserne bzw. ehemaliges Pflegeheim „Marianne“ in Andritz

GR. Mag. **Sippel** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat, geschätzte Kollegen, werte Besucher auf der Galerie, lieber Herr Stadtrat! In meiner Anfrage geht es um einen möglichen Ankauf des Areals Kirchner-Kaserne beziehungsweise des ehemaligen Pflegeheimes Marianne in Andritz und einer weiteren Nutzungserwägung. Ich sehe das Ganze ja durchaus als erste Bewährungsprobe, auch für die ÖVP Graz, wirklich Grenzen zu setzen, nachdem man ja mit der Petition zumindest bei den Vertretern, bei den eigenen Vertretern im Land ja gescheitert ist. Beide Objekte, sowohl die Kirchner- Kaserne als auch Andritz, haben unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen, das eine ist aufgrund des Durchgriffsrechtes des Bundes entschieden worden, das ist die Kirchner-Kaserne, in Andritz ist das Steiermärkische Baurechtsgesetz, das ja auch seit einiger Zeit die Möglichkeit solcher Quartiere vorsieht, ist das Baurechtsgesetz Grundlage, beiden gemeinsam ist aber, dass bei den Verantwortlichen so etwas wie das Fingerspitzengefühl fehlt. Wenn man sich Andritz anschaut, also dort haben wir da in der Nordberggasse 8 und beim vorderen Bauabschnitt in der Radegunder Straße daneben einen Schützenverein, wo auch Waffen eingelagert sind, also das zeugt schon davon, dass da nicht wirklich auch entsprechend mit Fingerspitzengefühl vorgegangen ist. Es hat sich auch prompt Bürgerprotest entwickelt, es hat Veranstaltungen diesbezüglich gegeben, eine Demonstration vor der Kirchner- Kaserne am Sonntag mit 500 Leuten und es hat sich in Andritz auch die Bürgerinitiative daran gemacht, hier Unterschriften zu sammeln und ich möchte die Vertreter der Bürgerinitiative Andritz auch recht herzlich begrüßen, allen voran den Sprecher Erich Kagan. Sie haben es geschafft, 2067 eigenhändige, ehrliche Unterschriften ohne Mehrfachnennung zusammenzutragen, um hier auch den Protest diesbezüglich, was dieses Vorhaben im ehemaligen Pflegeheim betrifft, auch kundzutun (*Applaus FPÖ*). Und genau um das geht es, diese Erwägung gibt es, dass man das auch ersteht, dass man das ankauft, dass hier die Stadt Graz die Verfügungsgewalt erlangt und dass man dann zum Nutzen der Grazer hier auch Gemeindewohnungen oder auch andere Überlegungen in diesem Bereich, aber der soziale Wohnbau, da gibt es ja wirklich auch den Bedarf von 2000 Wohnungen mindestens in Graz, das wäre ein Vorteil für alle Seiten und ich glaube, um

das geht es und das ist auch die Frage in die Richtung des Herrn Finanzstadtrates, ob man da sich nicht überlegen kann, diese Areale anzukaufen und wie die Möglichkeit diesbezüglich auch aus finanzieller Sicht dasteht.

Deshalb die

Frage:

Siehst du im Rahmen deiner politischen Zuständigkeit die Möglichkeiten für die Stadt Graz, beide Areale käuflich zu erwerben (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Klubobmann! Zunächst einmal möchte ich gerne festhalten, dass ich die Abteilungsleiterin der Abteilung für Immobilien schon vor einiger Zeit angewiesen habe, die Möglichkeiten zu überprüfen. Ich denke, die Antwort wird auch die Vertreter von Andritz hier auf der Galerie interessieren. Ich darf Ihnen die Stellungnahme von der Immobilienabteilung vorlesen. Sie teilt mit, dass sie mit dem Eigentümer der Liegenschaft Nordberggasse 6 und 8 bereits Kontakt aufgenommen und sich über einen grundsätzlichen Erwerb durch die Stadt Graz erkundigt hat. Der Eigentümer erklärt sich grundsätzlich bereit, die Liegenschaft an die Stadt zu veräußern, sofern seine Kaufpreisvorstellungen entsprochen werden kann. Es werden daher derzeit von der Abteilung für Immobilien die entsprechenden Unterlagen für die Bewertung aufbereitet und ein Besichtigungstermin vereinbart. Zur Kirchner-Kaserne möchte ich ausführen, dass sich die Abteilung für Immobilien durch die langjährigen Kontakte mit der SIVBEG, das ist die Gesellschaft, die die Verwertung von Bundesheerkasernen durchführt, bereits im Vorfeld bemüht hat analog zum Erwerb der Hummelkaserne öffentliches Interesse geltend zu machen und somit das Areal direkt durch die Stadt zu erwerben. Aufgrund des § 47 des ersten

Staatsvertragsdurchführungsgesetzes darf jedoch ehemaliges deutsches Eigentum nur veräußert werden, wenn eine Aufforderung zur Anbotstellung vorher öffentlich bekanntgemacht wird. Also ein Direktverkauf an die Stadt geht hier aus rechtlichen Gründen nicht. Die SIVBEG hat daher im Zuge einer öffentlichen Feilbietung auch die Stadt Graz zur Anbotslegung eingeladen, die Angebotsfrist endet mit 11. März 2016. Der Mindestkaufpreis wurde mit 9,5 Millionen Euro festgesetzt, wobei zu erwarten ist, dass sich dieser Preis aufgrund des Interesses von zahlreichen Immobilienentwicklungen an dieser Liegenschaft erheblich erhöhen wird. Da wir als Stadt Graz über das Planungsinstrument der Ausweisung von Grundstücken als Vorbehaltsflächen im Flächenwidmungsplan verfügen, wird derzeit geprüft, in welcher Form die Vorbehalte auf dem Areal Kirchnerkaserne dargestellt und ausgewiesen werden können. Dies soll bis zur Auflage des Flächenwidmungsplanes 4.0 voraussichtlich im März abgeschlossen sein. Die Abteilung für Immobilien hat die SIVBEG bereits grundsätzlich über das Vorhaben der Stadt informiert, um so der SIVBEG zu ermöglichen, ihrerseits potentielle Käufer darüber in Kenntnis zu setzen. Ich möchte zu dem Bericht der Immobilienabteilung bezüglich Andritz noch eine wichtige Ergänzung machen. Unabhängig jetzt von der Kaufpreisgestaltung, über die verhandelt werden muss, es muss über einen zweiten wichtigen Punkt aus meiner Sicht verhandelt werden, nämlich über die Verfügbarkeit des Gebäudes. Ich denke, es hat nur dann Sinn und Zweck für die Stadt, das Gebäude zu erwerben, wenn es auch gleichzeitig möglich ist, den bestehenden unbefristeten Mietvertrag mit dem Innenministerium als neuer Eigentümer zu kündigen. Sollte das nicht der Fall sein, wechselt der Eigentümer, aber nicht der Nutzer und auch nicht die Rechte des Nutzers. Also neben der Kaufpreisverhandlung wird die Frage, ob dieser Mietvertrag kündbar ist oder nicht, aus meiner Sicht ein sehr mitentscheidender Punkt sein (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Also es klingt einmal sehr, sehr positiv, das heißt, der Wille ist da. Zu Andritz jetzt noch, gibt es da ungefähr irgendwelche Schätzungen vom Preis her? Ist

das im Rahmen oder ist das überzogen oder gibt es da Signale, dass da auch eine Vereinbarung erzielt werden kann oder hat man da schon was gehört, dass das überzogen sein könnte?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich glaube, es hat nicht viel Zweck, irgendwelche Summen zu nennen, alle Summen, die jetzt im Vorhinein zu nennen sind, können ja nur taktische Angebote sein und aus diesem Grund bringt es, glaube ich, auch nichts. Die Verhandlungsfrage, glaube ich, aus der Sicht des derzeitigen Eigentümers ist klar, es wird bei ihm selbst, und diese Zahl wird er im Vorhinein natürlich nicht nennen, sozusagen eine Grenze geben und wenn die überschritten ist, dann wird er bereit sein zu verkaufen und wenn das Angebot der Stadt darunter liegt, wird er sagen, nein, um den Preis verkaufe ich es nicht. Aber diese Grenze kann nur in unmittelbaren und direkten Verhandlungen ausgelotet werden und das wird die Aufgabe in der nächsten Zeit sein (*Applaus ÖVP*).

3) „Akademikerball“ nicht mehr in öffentlichem Gebäude – Vorbild der Stadt Innsbruck

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen, Kollegen, lieber Herr Stadtrat, liebe Regierungskollegen! Es geht bei meiner Frage an dich, Gerhard Rüsch, um das Thema Akademikerball. Wir wissen ja alle, dass es kommenden Samstag wieder stattfindet. Dieses in Anführungsstrichen würde ich sagen „Ballereignis“, wo die Veranstalterorganisationen, wie wir alle wissen, nicht nur umstritten sind, sondern

immer wieder auch in den Publikationen, die sie machen, sehr stark an einem rechten Rand anstreifen und den auch übertreten, der in Richtung Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit wirklich erschütternd ist, da ist in den Aussendungen, Publikationen zu den Reden in Bezug auf KZ-Opfer auf Landplage, es wird das Prinzip der deutschen Abstammung immer und immer wieder herbeizitiert, es wird dabei die Erika Weinzierl, die Zeithistorikerin, unlängst als Leitfossil des Linkskatholizismus verunglimpft, Kardinal König gehe es nur um maximale Durchrassung Österreichs usw. Diejenigen, die sich damit beschäftigen, kennen das alles und wissen, wes Geistes-Kinder dahinter stehen. Die Frage, ob jetzt die Stadt Graz einige ihrer repräsentativsten Räumlichkeiten zur Verfügung stellen soll, haben wir ja auch immer wieder schon mal diskutiert hier. Die bisherige Begründung war bei ähnlichen Situationen auch, dass die Messe Graz oder Congress ein Wirtschaftsunternehmen ist, dass sie die Vermietung als Balllokation benötigen, das stimmt natürlich alles, aber die Frage ist, an welche Organisationen und auch ob es nicht auch möglich wäre, andere zu bevorzugen und eben nicht diese. Der wirtschaftliche Schaden usw. wird immer genannt. Kurz muss ich dazu sagen, die Stadt Innsbruck hat es vorgemacht, die Stadt Innsbruck hat im November 2013 den Beschluss getroffen, die Bürgermeisterin, übrigens selber bei einer, natürlich nicht schlagenden, Verbindung tätig, hat gesagt, Zitat: „Es ist unsere Aufgabe, hier neue „Wege zu gehen“, es gehe darum Haltung zu zeigen. Sie distanzieren sich, nicht nur sie, sondern auch die Tiroler Wirtschaftskammer auch die Tiroler Wirtschaftslandesrätin von der ÖVP, der Tiroler Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Bodenseer usw. haben sich alle davon distanziert und das nicht als Aufgabe der Stadt gesehen, solchen Veranstaltungen einen Raum zu bieten.

Daher meine

F r a g e

an dich, Gerhard: Bist du bereit, für heuer natürlich nicht, das ist jetzt alles zu kurzfristig, aber im Rahmen einer etwaigen nächstjährigen Vermietung der Räumlichkeiten des Grazer Congresses für den „Akademikerball“ zu prüfen, inwieweit die Argumentation der Innsbrucker StadtregierungskollegInnen analog auch für die Stadt Graz von Bedeutung sein könnte und inwieweit die Distanzierungen von nicht-schlagenden Verbindungen, meines Wissens gehen keine mehr dorthin, aber da bin ich nicht hundertprozentig sicher, von Bedeutung sein könnte und inwieweit die Distanzierung auch und die klare Ablehnung von KZ-OpfervertreterInnen in die Beurteilung einfließen sollte (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin! Wie du schon gesagt hast, haben wir diese Frage schon öfter gehabt...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Jedes Jahr.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: ...und ich habe auch diesmal wieder den Direktor des Kongressbetriebes gebeten um eine Stellungnahme und die Stellungnahme hat dieselben Argumente zum Inhalt wie auch schon in den letzten Jahren, das heißt eben das Bekenntnis zu Veranstaltungen, die eben auch durchaus Geld bringen für die Messe als wirtschaftliches Unternehmen und das sozusagen der Rahmen für die Genehmigung die geltenden Gesetzes sind ob die Veranstaltung nach, was weiß ich, den guten Sitten oder jedenfalls halt den gesetzlichen Regelungen entspricht oder nicht. Ich würde dieser Argumentation durchaus hinzufügen, dass es selbstverständlich

auch gilt, eine sicherheitspolitische Frage abzuschätzen, das ist Aufgabe der Polizei und je nachdem, wie die Polizei das beurteilt, wird sie dann durchaus auch aktiv werden im Sinne einer möglichen Frage, wie weit der Ball an diesem Ort nicht stattfinden soll. Ansonsten möchte ich schon auch sagen, dass ich mich dazu bekenne, dass wir in eben Veranstaltungen, die per se keine politischen Veranstaltungen sind, glaube ich, nicht eingreifen wollen, indem wir beginnen sie in unseren Räumlichkeiten zu verbieten, nur weil uns der politische Hintergrund nicht gefällt. Was bei den Beispielen, die du zitierst hast, bei mir definitiv der Fall ist, selbstverständlich, aber ich würde, wie gesagt, aus diesem Grund nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, diese Veranstaltung in den städtischen Räumlichkeiten zu verbieten (*Applaus ÖVP*). Darf ich nur eine Ergänzung machen, ich habe mich selbstverständlich versucht, über den Fall in Innsbruck zu erkundigen, das ist derzeit nicht möglich, es sind alle Personen, die man fragt, vorsichtig, beziehungsweise still und zwar deshalb, weil die Auseinandersetzung derzeit Gegenstand eines Gerichtsverfahrens ist und die Leute in Innsbruck jedenfalls das Ende des Gerichtsverfahrens abwarten wollen. Ich nehme an, das wird wohl im Laufe des Jahres dann der Fall sein, sodass man dann allenfalls jedenfalls die Informationen über die Situation in Innsbruck für das nächste Mal jedenfalls miteinholen können.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Die Situation in Innsbruck ist rechtlich eine andere gewesen, weil ein gültiger Vertrag kurzfristig aufgekündigt wurde und es macht natürlich Verständnis, dass da rechtliche Schritte eingeleitet worden sind. Die Begründung davon ist aber unbenommen und meine Zusatzfrage ist: Ob du bereit bist, eben diese Begründung, wenn du sie dann bekommst, zu prüfen, inwieweit davon auch wir als Stadt Graz die teilen können, nämlich auch in die Richtung, die Tatsache, dass etwas in einem repräsentativen Raum stattfindet, ist für viele Zuseherinnen und Zuseher entscheidend. Es heißt, wer in einem solchen Rahmen feiern darf, der kann ja nicht

schlecht sein, das kann ja nicht verwerflich sein usw. also ich würde bitten, diese Frage da nachzuholen, wenn diese gerichtliche Sache erledigt ist und du Informationen bekommst und die Frage ist eben, ob du das tust und ob du auch bereit bist, mit der Messe da zu sprechen und vorzulegen, welche finanziellen Einbußen sie tatsächlich sehen, wenn in einem kommenden Jahr dieser Ball nicht mehr stattfinden würde beziehungsweise auch die Optionen, wie weit das anderweitig vermietbar ist. Meines Wissens gibt es ja durchaus einen Run auf den Stefaniensaal als Lokation für Veranstaltungen, möglicherweise entsteht ja gar kein finanzieller Schaden.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Auf die drei Zusatzfragen zweimal Ja, einmal Nein. Bin gerne bereit, habe ich ja schon gesagt, dass ich mich, sobald ich Informationen von Innsbruck bekomme, damit auseinandersetze. Bin auch durchaus bereit, die Messe zu bitten, eine wirtschaftliche Bedeutung insgesamt zu machen. Wozu ich nicht bereit bin, das möchte ich nochmals wiederholen, ich möchte nicht, dass wir Veranstaltungen in unseren Räumlichkeiten verbieten, weil uns die politische Einstellung der Ballbesucher etwa nicht passt, dazu bin ich nicht bereit (*Applaus ÖVP*).

5) Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Nicht-GrazerInnen

GR. **Pacanda** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt! Zurzeit ist es für Nicht-Grazerinnen und -Grazer, die hier berufstätig sind, schwer möglich, ihre Kinder in einer Tagesbetreuungsstätte unterzubringen. Es ist natürlich nachvollziehbar, dass bei der Belegung von Plätzen Grazerinnen und Grazer bevorzugt

werden, aber es gibt auch vielfältige Gründe, für Nicht-GrazerInnen eine bessere Lösung zu finden.

Durch die Tatsache, dass deren Hauptwohnsitz außerhalb von Graz liegt, haben viele hier Berufstätige, wie zum Beispiel ein Lektor an der Universität Graz, der hier viele Grazerinnen und Grazer unterrichtet und weiterbildet oder eine Fahrerin der Holding oder jemand, der in einem Pflegeberuf tätig ist, in Graz dieses Problem.

Daher richte ich namens der Piraten an dich folgende

Frage:

Siehst du eine Möglichkeit, die bestehende Unterversorgung mit Kinderbetreuungsplätzen für Nicht-GrazerInnen, die in Graz berufstätig sind, zu verbessern?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Philip! Herzlichen Dank für deine Frage. Das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz gibt klar vor, dass die Betreuung der Kinder Aufgabe der jeweiligen Kommune ist. So müssen wir als Stadt Graz allen fünfjährigen Kindern auch einen Platz bereitstellen, also wirklich allen Familien, die den Hauptwohnsitz in Graz haben. Mir ist aber auch bewusst, dass die Familien aufgrund der Arbeit immer mobiler werden, aber es geht natürlich auch nicht, dass wir generell allen Familien, die außerhalb von Graz wohnen, einen Platz bereitstellen, das geht sich einfach finanziell nicht aus. Aber das hast du eh so ausgeführt. Es gibt aber die Möglichkeit von Betriebskindergärten, wir haben auch immer wieder gefordert, wir haben den Bund aufgefordert, auch das Land, Anreize in diese Richtung zu schaffen, im Tarifmodell haben wir das und es gibt auch einige

Betriebskindergärten in Graz und somit gibt es eigentlich schon die Möglichkeit. Grundsätzlich sind wir irrsinnig gefordert, weil einfach die Stadt Graz so stark wächst, wir haben für das kommende Betreuungsjahr sechs Kindergartengruppen vor, nämlich mit 150 Plätzen und sechs Kinderkrippengruppen mit 84 Plätzen, also wir bauen hier wirklich massiv aus, aber deine Frage auch in Richtung Mitarbeiter der Universität ist ganz klar zu sagen, dass wir Betriebskindergärten an den Unis angesiedelt haben und auch dein Beispiel mit den Holding-Mitarbeitern detto, es gibt bei der Holding auch einen Betriebskindergarten, also da sollte es auch möglich sein. Aber generell jetzt offensiv Plätze anzubieten, das geht sich finanziell nicht aus.

GR. **Pacanda:** Danke für die Antwort. Ich stelle mir als Zusatzfrage die Frage, die ich dir jetzt auch stellen werde. Macht es aus deiner Sicht Sinn, dass man vielleicht auch mit Land beziehungsweise den Umlandgemeinden, ich habe jetzt gerade so die klassischen Einpendelbezirke GU, GU-Süd im Kopf, dass man vielleicht mit diesen Gemeinden Kontakt aufnimmt und da einmal sozusagen einfach gemeinschaftlich versucht, eine Lösung zu finden, weil, sage ich einmal, ist es unser gemeinschaftliche Problem, sage ich einmal, als Großraum Graz und siehst du das als sinnvolle Idee und würdest du das tun (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner,** MBA: Lieber Philip, genau das habe ich bereits getan, mit Bürgermeister Zimmermann und Co bin ich schon beieinander gesessen, wir sind zum Schluss gekommen, dass es gescheit ist, das auf Landesebene zu heben und das gesetzlich zu regeln.

6) Radabstellplätze in der Humboldtstraße

GR. Dr. **Hofer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dr. **Hofer**: Werte Stadtregierung, geschätzte Kollegen im Gemeinderat, lieber Mario! Ich stehe abermals mit einer Frage da bezüglich weniger Parkplätze der Blauen Zone in der Humboldtstraße. Ich muss mich da selber korrigieren, im Antragstext nicht seit Anfang Jänner, sondern bereits schon seit Dezember, wurden zwei neue Radabstellplätze vor der Humboldtstraße 12 und 11 installiert. Das Ärgernis dabei ist, dass grundsätzlich ja schon Parkplätze verlorengegangen sind etwas weiter oben, Ecke Grillparzerstraße, beziehungsweise auch letztes Jahr ein Parkplatz weggekommen ist aus der Blauen Zone am Anfang der Humboldtstraße, auch vor der Hausnummer 12 mit dieser weißen Markierung, den zwei Pollern, weil da der Bus nicht ordentlich vorbeikommt und jetzt eben seit kurzem gibt es jetzt dieser zwei Radabstellplätze.

Der eine an der Ecke Peinlichgasse, durchaus legitim und absolut in Ordnung, da dort sowieso (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) keine Blaue Zone war und dort jetzt vier Radabstellbögen dort stehen. Auf der anderen Seite allerdings, vor der Hausnummer 12, sind jetzt auch fünf Radabstellplätze dazugekommen und das kostet, ich sage jetzt einmal, 1,5, nachdem es ein bisschen mehr als eine Autolänge ist, Parkplätze und in der Humboldtstraße oder beziehungsweise in diesem Gebiet, auch begrenzt durch zwei Landesstraßen, wo ja die Dauerparker auch nicht parken können, sind sowieso schon sehr wenig Parkplätze. Nachdem mir jetzt auch noch ein Nachbar hat zukommen lassen Fotos von der Situation, die ich dir gerne auch zeigen kann, sieht man sehr eindeutig, dass diese fünf Parkplätze vor der Humboldtstraße 12 durchaus genutzt werden, fünf bis sechs Fahrräder, allerdings gegenüber, dort wo es wirklich Sinn macht, hat der Kollege mir da vom 23.12. bis 20.1. Fotos gezeigt und da ist bis jetzt eigentlich ein einziges Motorrad gestanden und kein einziges Fahrrad.

Jetzt frage ich mich, wie sinnhaft das ist, dass man da gleich auf beiden Seiten zwei Radabstellplätze macht, wenn eigentlich in der Peinlichgasse schon drei bestehen, in der Wormgasse sind auch noch einmal zwei, ein zusätzlicher dort ist absolut ok, es würde auch durchaus am Anfang der Wormgasse, da ist so eine kleine Sperrfläche, die eigentlich niemanden behindern würde oder auch keine Blaue Zone betreffen würde, durchaus Sinn machen, auch vielleicht dort Fahrräder abzustellen. Noch dazu hat eigentlich jedes Haus in der Humboldtstraße im Vorgarten dort Radabstellplätze, bis eben Hausnummer 12.

Jetzt frage ich mich, wie sinnvoll das ist, gerade vor der Hausnummer 12 den dort zu machen und möchte dir daher die

F r a g e

stellen: Aus welchem Grund wurde erneut ein Parkplatz der Blauen Zone geopfert (*Applaus ÖVP*)?

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 12.50 Uhr den Vorsitz.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, Philipp, immer ein Zankapfel natürlich Auto versus Rad, aber ich darf hier vielleicht verlesen die Antwort aus dem Amt. Die beiden Radabstellplätze wurden auf Betreiben einer Immobilienverwaltung, die in der Humboldtstraße Gebäude verwaltet, eingerichtet. Als Begründung wurde angeführt, dass Bedarf bestehe und die Fahrräder bisher verkehrsbehindernd, also auch auf den Gehsteigen, abgestellt waren. Bei der straßenpolizeilichen Verhandlung wurde diese

Einschätzung durch den Verhandlungsleiter geteilt, sodass es zur Errichtung dieser Abstellplätze kam. Die straßenpolizeiliche Verhandlung fand im Oktober 2015 statt, die Errichtung der Radabstellplätze ist erst in den letzten Wochen erfolgt, sodass davon auszugehen ist, dass sich erst ein Gewohnheitseffekt einstellen wird. Ich möchte dazu anführen natürlich, wir sind in der kalten Jahreszeit, da ist die Nutzung der Räder nicht so groß, wie es dann ab Frühjahr sein wird. Bezüglich des Radabstellplatzes an der Kreuzung Grillparzerstraße/Humboldtstraße wird mitgeteilt, dass dieser am Rande des frei zu haltenden Sichtfeldes für die Kreuzung liegt und die Anordnung eines Stellplatzes somit nicht möglich gewesen wäre. Zusatzinfo für dich, weil ja, ich weiß, Leute natürlich auf die Politik zukommen, am Montag, 1. Februar 2016, ist ein Termin mit ■■■■ angesetzt, die sich ja immer darum kümmern, um diese gesamte Parkplatzsituation Humboldtstraße zu besprechen. Darf aber, weil du das angefügt hast, dass letztes Jahr ein Parkplatz weggekommen ist, noch dazufügen, du kannst dich auch erinnern, dass ich durch wirklich meine Anweisung dort die Sperrflächen reduziert habe in der Humboldtstraße und wir dort Plätze gewonnen haben. Also in Wirklichkeit summa summarum haben wir mehr Plätze als früher, aber diese Maßnahme ist einfach vorgesehen gewesen, schauen wir einmal, wie sich das einspielt. Es ist nichts, was für die Ewigkeit ist.

GR. Dr. **Hofer**: Gut, die Aussage, dass ich höre, es ist nicht für die Ewigkeit. Also ich gehe einmal davon aus, dass das am 1. Februar dann eh evaluiert wird, nachdem dort wirklich schon sehr viele Räder schon stehen. Ich sage einmal, hat dort ziemlich jeder Anwohner fast ein Rad, also ich wohne ja selber in der Straße, ich habe auch zwei Räder, bei mir stehen sie halt im Keller. Wenn in dieser Sitzung auch quasi gesehen wird, dass ausreichend Platz ist, weil ja wirklich sehr viele Radabstellplätze auch schon dort vorhanden sind, kannst du dir auch durchaus vorstellen, dass man den vor 12, wo der Blaue Parkplatz quasi wäre, dass er wieder zurücknehmen kann, wenn es

ausreichend wäre, dass auf der gegenüber liegenden Straßenseite eigentlich ein leerer Parkplatz steht?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wie bei all diesen Dingen, weil wir schon oft geredet haben, Mopedabstellplätze, Fahrradabstellplätze, das System sollte auch flexibel sein und sollte auf die Notwendigkeiten angepasst werden. Ich halte nur den Zeitraum, der jetzt angewandt worden ist, auch inklusive der Fotos, für zu kurz, um das wirklich endgültig zu beurteilen. Aber jederzeit und wenn du so etwas kriegst, bitte wirklich einfach mir herschicken, wir schauen uns das an, also das ist gar keine Frage (*Applaus FPÖ*).

7) Online-Voranmeldung an Grazer Volksschulen

GR. Mag. **Krotzer** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuseherinnen und Zuseher, lieber Herr Stadtrat! Es hat ja im vergangenen Jahr für die Kinder, die im Herbst die Volksschule erstmals besuchen werden, auch erstmals gegeben die Online-Vormerkung, die mittlerweile abgeschlossen ist. Wir haben aus der Abteilung großen Jubel darüber gehört, also ein großer Erfolg. Ich würde trotzdem noch einmal gerne nachhaken, bei Brecht heißt es schon: „Die im Dunkeln sieht man nicht“, das waren insgesamt ja 2.525 Kinder, die nächstes Jahr oder heuer im Herbst schulpflichtig werden, davon haben 1.570 die Volksschule des ersten Wunsches erhalten, was natürlich begrüßenswert ist. Allerdings knapp ein Drittel der Kinder hat diese Online-Vormerkung nicht passiert und da ist meine

Frage,

ob es hier entsprechende Hürden aufgrund des sozialen Hintergrundes beziehungsweise auch aufgrund sprachlicher Hürden der Eltern gibt, die dann möglicherweise auch die soziale Selektion im Bildungsbereich noch weiter verschärfen (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Robert! Ich möchte gleich einmal vorweg mich bei der Abteilung für Bildung und Integration bedanken für den Einsatz, wir haben diese Online-Vormerkung, wie du gesagt hast, erstmals durchgeführt und es war ein großer Erfolg. Ich habe auch irrsinnig viele Rückmeldungen von Eltern bekommen und natürlich, man muss genau hinschauen, ob alles auch wirklich gut funktioniert hat, keine Frage. Ich bedanke mich aber wirklich namentlich bei der Frau Wilflinger, das ist die Leiterin der neuen Servicestelle, und bei der Frau Pavlicek, die haben das federführend durchgeführt. Aber nun zu deiner Frage, zum jetzigen Zeitpunkt gibt es eigentlich noch keine Zahlen, wo man das auch feststellen kann, ob es da einen sozialen Hintergrund gegeben hat, warum die Leute diese Möglichkeit nicht in Anspruch genommen haben. Ich möchte aber auch gleich darauf hinweisen, es wird wahrscheinlich zukünftig auch schwierig, da erforschen, ob das einen sozialen Hintergrund hat. Warum? Wir verlangen weder bei der Vormerkung noch bei der Anmeldung den Gehaltszettel, also von dem her wird es schwierig werden, aber ich habe mich versucht heranzutasten, wir haben einmal geschaut, wieviel derer, die sich jetzt nicht vorgemerkt haben, sind zugewanderte Menschen, obwohl man das mit dem sozialen Status ja eigentlich auch nicht gleichsetzen kann, aber trotzdem, ich habe mir das angeschaut und zwei Drittel, die sich nicht vorgemerkt haben, sind österreichische Staatsbürger, also da kann man eigentlich auch nichts herauslesen. Du sagst, die sprachliche Barriere, das habe ich mir auch angeschaut, wir haben da die

BildungskoordinatorInnen, die großartige Arbeit leisten, die haben den Auftrag von mir erhalten, auch in die Communitys zu gehen und gerade dieses neue Anmeldesystem vorzustellen, es hat gut funktioniert, also von dem her glaube ich, haben wir da auch eine Maßnahme gesetzt und was das Internet betrifft, das ist ja auch oft eine Hürde, haben wir auch mit der Servicestelle die Möglichkeit gegeben, das Leute, die jetzt über kein Internet verfügen auch vor Ort das mit der Unterstützung einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters machen können. Aber ich bin jetzt noch einen Schritt weiter gegangen und habe geschaut, welche Leute haben sich im vergangenen Jahr nicht angemeldet, also Vormerkung ist ja was anderes, aber bei der Anmeldung hat es auch immer welche gegeben, die sich nicht angemeldet haben, das hat folgende Gründe gehabt. Zwei große Gründe hat es gegeben, einerseits weil diese Familien sich in Privatschulen angemeldet haben, das waren insgesamt im letzten Jahr 509 Kinder. Also wenn man das gegenrechnet, kommt man da schon ganz gut hin und zum anderen ist ein Grund gewesen, dass auch viele Familien sich angemeldet haben oder nicht angemeldet haben und dann verzogen sind in dieser Zeit. Was die Privatschulen betrifft, da kann ich auch hier verkünden, dass wir im nächsten Jahr, und da ist ja auch auf Vorschlag von Sissi Potzinger gekommen, die Privatschulen auch in dieses Vormerksystem mitreinnehmen werden, also das ist auch ein Weiterentwicklungsschritt. Aber von dem her bedanke ich mich noch einmal bei der Abteilung, es haben auch andere Städte bereits angefragt, die möchten das uns gleichtun und ich glaube, dass das ein großer Erfolg der Verwaltung war (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Krotzer**: Erstmals vielen Dank für die Beantwortung, aber auch vielen Dank generell, dass hier sehr vieles berücksichtigt worden ist. Mich würde jetzt nur konkret interessieren, ob es möglich ist, das zu sagen, an welchen Volksschulen jetzt noch besonders viele Plätze frei sind und an welchen Volksschulen schon die Plätze alle vergeben sind, ob man das jetzt schon so sagen kann?

StR. **Hohensinner**, MBA: Ich kann eines da versprechen, wir haben genügend Plätze, dass all jene, die sich bisher noch nicht vorgemerkt haben, auch einen Platz finden. Diese Gewährleistung kann ich abgeben. Ich kann jetzt natürlich nicht ad hoc sagen alle Schulen, wo jetzt genau noch Plätze sind, es sind über das ganze Stadtgebiet noch einige Plätze frei und somit wird sich das gut ausgehen. Wenn du eine konkrete Frage hast, lade ich dich ein, zu mir zu kommen und ich werde dir dann eine konkrete Antwort geben (*Applaus ÖVP*).

8) Grazer Ampelanlagen Nacht- bzw. Wochenendschaltung

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Gemeinderatskollegen und -kolleginnen, liebe Damen und Herren auf der Tribüne! In Graz gibt es noch immer Ampelschaltungen, wo man sich sehr wundert, dass sie nach 22.00 Uhr noch immer umschalten beziehungsweise an Sonn- und Feiertagen. Wenn ich als Beispiel den Ostbahnhof hernehme, wo eben eine Ampelschaltung rund um die Uhr ist, wo es weder Seitengassen gibt, weil auf der einen Seite ist jetzt die Firma Obi, auf der anderen Seite ist der Ostbahnhof, der Bus, der dort ein- und ausfährt fährt auch, glaube ich, nur alle halben Stunden, am Abend gar nicht, Samstag/Sonntag auch nicht. Trotzdem herrscht dort immer noch dieser Zustand. Wenn ich mir andere Kreuzungen anschau, zum Beispiel Sternäckerweg – Liebenauer Hauptstraße, da wird sehr wohl nach 22.00 Uhr auf Blinken umgeschaltet beziehungsweise auch am Sonntag zum Teil.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Nach welchen Kriterien wird die Ampelschaltung in Graz geregelt?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Danke, Frau Gemeinderätin! Mir geht es gleich wie Ihnen, wie ich die Verantwortung übernehmen durfte, habe ich sofort alle diese Ampeln, die da in der Nacht auf Rot geschaltet sind, erfragt und dann ist natürlich sofort die Antwort gekommen, das basiert darauf, wo Unfallhäufigkeiten stattfinden, ist es eingeschaltet zu lassen. In dem Fall, den Sie ansprechen, Ostbahnhof, sehe ich es genauso, lasse ich natürlich prüfen. Ich darf aber vorher verlesen die Antwort aus dem Amt: Die Möglichkeit des zeitweiligen Gelbblink-Betriebes wird für jede Anlage einzeln gemäß Kriterien der Verkehrslichtsignalanlagen-Einsatzkriterien beurteilt. Grundsätzlich sind Ampelanlagen Tag und Nacht in Vollbetrieb zu halten, eine Abschaltung in verkehrsschwachen Zeiten ist nur unter bestimmten Bedingungen zulässig, wobei bei aus Verkehrssicherheitsgründen errichteten Verkehrslichtsignalanlagen jedenfalls darauf verzichtet werden soll.

Ich bin aber bei Ihnen und darf Sie auch bitten, wenn Sie so einen Fall haben, ich bin ja froh, wenn ich das höre, weil dann kann ich sofort ins Amt gehen und sagen, bitte überprüft das und dann argumentiert ihr das auch, warum es eingeschaltet ist. Also da bin ich eher dankbar, wenn ich solche Infos bekomme und mache ich dann auch gerne (*Applaus FPÖ*).

9) Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen – Maßnahmen zur Eindämmung der Benachteiligung österreichischer Kinder

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, wertige Gäste, hoher Gemeinderat! Anstoß für meine Frage ist die Flüchtlingsunterkunft in Andritz. Bis heute sollen ja rund 100 Personen hier einquartiert werden. Mit weiteren 400 Asylwerbern darf auch in der Kirchner-Kaserne gerechnet werden. Und nach dem absurden Asylgipfel gestern, wo wieder kein Aufnahmestopp beschlossen wurde, werden noch viele, viele Flüchtlingsunterkünfte, vor allem bei uns im urbanen Bereich in Graz, kommen mit natürlich schulpflichtigen Kindern.

Wie von mir hier schon des Öfteren angesprochen und kritisiert, ist der Anteil von nicht-deutschen Kindern in Grazer Schulen enorm. Rechnet man alle Schulen zusammen und in dem Durchschnitt ist die 50%-Marke voriges Jahr vor der Migrationswelle schon erreicht worden. Da sollten sich die Verantwortlichen schon einmal die Frage stellen, wie wird unsere Gesellschaft in 20 Jahren, in 50 Jahren aussehen? Die armen Pädagogen in diesen Schulen können sich nur mehr mit Dolmetschern verständlich machen, Deutsch als Umgangssprache kann so gar nicht forciert werden. Die Erfüllung des eigentlichen Bildungsauftrages, der Regelunterricht, ist so ja gar nicht mehr durchführbar. Die Kinder gleicher Nationalität schließen sich logischerweise zusammen, denn es gibt das wichtige Gefühl des Zusammengehörigkeitsgefühls und sprechen untereinander mit ihrer eigenen Sprache. Das heißt, nicht nur die Erfüllung des Bildungsauftrages wird schwierig, sondern auch Integration wird so schwierig, um nicht zu sagen unmöglich.

Daher meine

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie im Rahmen Ihrer Kompetenzen erarbeiten, um einer weiteren Benachteiligung österreichischer Kinder entgegenzuwirken (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Gleich eingangs möchte ich was richtigstellen. Ich glaube, Sie haben deutschsprachige Kinder gemeint und nicht deutsche Kinder, dass der Anteil sehr gering ist...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Wo ist der Unterschied?

StR. **Hohensinner**, MBA: ...aber das ist nur zur Berichtigung. Ich bedanke mich für Ihre Anfrage oder für deine Anfrage, du hast auch Andritz angesprochen und ich habe in Andritz einmal nachgefragt. Ich habe mit dem Herrn [REDACTED] telefoniert und habe gefragt, wie viel der 50 UMF schulpflichtig sind. Ich weiß nicht, ob du dich erkundigt hast, du führst es ja in deinem Motivenbericht für deine Frage aus. Hast du dich erkundigt?

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Ja, natürlich ist recherchiert worden.

StR. **Hohensinner**, MBA: Von 50 UMF gibt es keinen einzigen schulpflichtigen Jugendlichen dabei. Nur so viel sei gesagt, weil du mit dieser Zahl auch argumentierst und mein Anliegen ist, liebe Frau Gemeinderätin, dass ich wirklich allen Kindern eine Chancengleichheit bereitstelle in Graz und das ist eine Herausforderung, gar keine Frage, aber wir haben über unsere eigentlich Pflicht als Schulerhalter verschiedene Systeme verstärkt und entwickelt und die möchte ich dir auch kurz skizzieren, weil du ja fragst, was wir machen. Wir haben die Schulsozialarbeit aufgestockt von

sechseinhalb Vollzeitstellen auf acht Stellen, wir haben die Sprachförderung massiv ausgebaut und machen das heuer mit einem Extraschwerpunkt, ich werde heuer weitere 100.000 Euro in die Sprachförderung im Schulbereich investieren und weitere 100.000 Euro in den vorschulischen Bereich. Das ist mir wirklich ein massives Anliegen und da geht es jetzt nicht nur um Kinder, die zugezogen sind, sondern auch um unsere Kinder, weil es gibt auch Kinder, die in Österreich geboren sind, die einen Sprachförderbedarf haben, aber hier werden wir einen ordentlichen Schwerpunkt setzen. Wir haben die Lerncafés, die Lerncafés sind ja von Graz aus weiter verbreitet worden, die gibt es bereits in ganz Österreich, wir entwickeln gerade einen Talentepass. Mir ist es wichtig, dass wir nicht nur einen defizitorientierten Ansatz haben in unserer Schule, sondern dass wir auch schauen, wo sind die Talente der Schülerinnen und Schüler und dass wir die Talente in den Vordergrund setzen und die auch fördern. Und eine Sache, aber das ist die Frage davor gewesen, die Online-Vormerkung hat uns auch unterstützt, dass wir eine bessere Aufteilung zusammenbringen der Kinder, die einen Sprachförderbedarf haben, auf das Grazer Stadtgebiet, da können wir ein bisschen lenken, natürlich nicht eine volle Aufteilung auf das ganze Stadtgebiet zusammenbringen, das müssten wir mit einem Taxisystem machen, ist nicht zielführend, weil die Kinder auch in ihrer sozialen Umgebung in die Schule gehen sollen. Aber hier können wir auch ein bisschen fein mitwirken, du hast jetzt aus dieses Beispiel gehört, dass wir da massiv investieren und unterstützen, dass möglich alle Kinder eine gleiche Chance haben auf eine Bildungskarriere und somit auch eine Chance auf einen Jobeinstieg (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Erstens, ich habe gesagt, dass die Flüchtlingsunterkunft in Andritz ist der Anstoß meiner Frage. Wie gesagt, es werden noch viele Unterkünfte kommen und mit Wortklauberei werden wir diese prekäre Situation sicher nicht lösen. Wenn man sich anschaut, was gestern beim Asylgipfel beschlossen worden ist, bis 2019

werden noch 127.500 Flüchtlinge aufgenommen, heuer allein werden es 90.000, und das sind über 200.000 und das alles ohne Familiennachzug. Glaubst du, ist Integration bei dieser Masse an Menschen noch möglich (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Du stellst mir eigentlich jetzt jede Gemeinderatssitzung eine ähnliche Frage. Ich kann dir nur ganz klar und deutlich sagen, dass wir die Qualität in unseren Schulen jetzt sicherstellen können gemeinsam mit dem Land Steiermark. Aber auf deine Frage hin, wir haben im letzten Jahr 90.000 Menschen gehabt, die zugezogen sind, aus meiner Sicht weitere 90.000 Menschen können wir nicht verkraften, aber das betrifft jetzt nicht nur den Bildungsbereich, das betrifft den Wohnbereich, das betrifft den Sozialbereich, aber das haben wir mit unserer Petition zum Ausdruck gebracht und ein erster Schritt ist aus meiner Perspektive getan mit der Einigung auf Bundesebene, aber ich glaube, dass diese Zahl von 37.500 unbedingt ganz dringend inklusive Familiennachzug sein muss, sonst werden wir wieder rund 90.000 Menschen zusätzlich haben (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.10 Uhr den Vorsitz.

10) Unterstützungsmaßnahmen für geflüchtete Jugendliche

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Martina! Um das Topthema geht es auch bei meiner Frage und zwar um Flüchtlinge.

Mir geht es in erster Linie um die Jugendlichen, die zu uns kommen. Damit diese Jugendlichen aber später einmal einen guten Platz in unserer Gesellschaft bekommen und sich gut einbinden können, ist es notwendig, dass wir ihnen auch die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, die dafür notwendig sind.

Mir ist auch klar, wir reden alle von Integration und dass alles nicht so einfach ist, dass sehr viel Arbeit dahintersteckt, dass von Seiten der Stadt Graz, der zuständigen Ämter, der Betreuungseinrichtungen, der Jugendlichen selbst und auch viele andere Faktoren spielen eine Rolle. Der Wille muss vorhanden sein, aber auch die entsprechenden Angebote dürfen nicht fehlen.

Jugendliche befinden sich in einer sehr wichtigen Lebensphase, das heißt, in dieser Phase sind sie auf der Suche nach der eigenen Identität und das ist eine schwierige Phase, das wissen wir alle. Vor allem ist es für die schwierig, die hier fremd sind, die fremd in ein Land kommen, die vor Krieg und Gewalt geflüchtet sind, die oft ihre Familie zurücklassen mussten und auf so viel Neues hier stoßen.

Es wird einige Zeit brauchen, das ist mir klar, bis sich Flüchtlingsjugendliche mit den neuen gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten vertraut gemacht haben. Es ist jedoch wichtig, dass sie ihren Platz, wie schon gesagt, hier finden und dafür müssen wir ihnen die geeigneten Bedingungen stellen.

Daher stelle ich an dich in deiner Funktion als Jugendstadträtin folgende

F r a g e :

Welche Aktivitäten beziehungsweise Projekte sind seitens des Amtes für Jugend und Familie geplant beziehungsweise schon in Umsetzung, um Flüchtlingsjugendliche bestmöglich auf ihr Leben bei uns vorzubereiten und sie bei der Bewältigung der gesellschaftlichen und kulturellen Herausforderungen zu unterstützen (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Bedrana! Ich darf mich bedanken für deine Frage, weil es mir die Möglichkeit gibt, über sehr viele Projekte, die wir im Amt für Jugend und Familie für diese Zielgruppe der jungen Flüchtlinge, wenn ich sie so nennen darf, machen und möchte aber gleich vorwegschicken, dass das jetzt nur ein Teil dessen ist, was wir tun, weil es wirklich sehr viel ist. Ich darf dich verweisen auf unsere Homepage des Jugendamtes, da sind einige Berichte auch zu erfolgreichen Projekten drauf und eine andere Anmerkung noch vorab, ich unterschreibe das alles, was du jetzt angeführt hast, dass es gerade bei jungen Menschen darum geht, die ohnedies aufgrund ihres Alters in einer Situation sind, wo es darum geht, die eigene Identität zu finden, Wurzeln zu hinterfragen, Wurzeln auch schlagen zu können, dass das eine ganz besonders wichtige Phase ist und dass es da notwendig ist, diese Zielgruppe gut zu begleiten. Ich glaube aber, dass Integration grundsätzlich für alle Menschen, die hier ankommen, unerlässlich ist, wir sehen das auch als Stadt Graz so, wir haben einen eigenen Integrationsstadtrat, der für dieses wichtiges Thema zuständig ist und so will ich dir auch vorschlagen, diese Frage auch einmal direkt ihm zu stellen. Aber jetzt zu den Aktivitäten und Projekten im A6, also im Amt für Jugend und Familie. Nachdem du dich in deiner Frage nicht nur auf UMS begrenzt, sondern sagst, junge Menschen, die eine Flucht hinter sich haben, also die auch im Familienverband zu uns kommen, muss ich grundsätzlich vorweg sagen, dass alle Angebote im A6, also die gesetzlichen, im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch die freiwilligen Leistungen jungen Menschen, allen jungen Menschen in dieser Stadt, die in dieser Stadt wohnen, zur Verfügung stehen. Das heißt also, das sozialräumliche Angebot, das wir über die Kinder- und Jugendhilfe anbieten, aber selbstverständlich auch die vielen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Ob das die 13 Jugendzentren sind, die wir in Graz haben, also fast eine Flächendeckung bei den Jugendzentren, ob das der Jugendgemeinderat pro Act ist, ob das das Jugendstreetwork ist, das wir mit der Caritas gemeinsam machen oder besser gesagt, die Caritas in unserem Auftrag macht oder auch das Projekt Point4action, dass

ehrenamtliche Arbeit von Jugendlichen mit besonderen Goodies belohnt werden, da gibt es insbesondere im Rahmen dieses Projektes ein besonderes Highlight, nämlich das SeniorInnenheim Senecura, wo Jugendliche mithelfen im SeniorInnenheim und dafür auch noch extra Deutschunterricht bekommen, wo das Amt für Jugend und Familie auch die Lernutensilien und die Bücher dafür bereitgestellt hat. In den Sozialräumen gibt es regelmäßig Sprechstunden, in den Quartieren, wo UMF untergebracht sind, jetzt komme ich zu den UMFs als Zielgruppe, es werden spezielle Workshops angeboten zum Beispiel zum Thema Sucht, Sexualität, Gewaltprävention, Radikalisierung, Zivilcourage, Verkehrsregeln, Jugendschutz etc. Es gibt Projekte, wie zum Beispiel Unterstützung ab positivem Asylbescheid, also wie geht man weiter vor, wenn man einen positiven Asylbescheid als Jugendlicher bekommen hat, wie schafft man es, einen eigenen Wohnraum zu organisieren, das Projekt Sprachen-Bodys, wo Ehrenamtliche sich um den Spracherwerb von Jugendlichen kümmern beziehungsweise auch ein Projekt, das es schon sehr lange gibt, von Zebra, wo es um Patenschaften geht, das ähnliche Projekt wird auch von der Caritas durchgeführt, das Projekt Lehrstellenfit, Projekt Tagesstruktur, Projekt Fußballgruppe, also wie du siehst, das ist ein sehr, sehr breiter Bogen. Geplant es jetzt auch ein neues Projekt zum Thema Biografiearbeit, wo eine Ausstellung zum Thema Flüchtlinge in Kooperation mit der Fachhochschule und dem Kunsthaus geplant ist. Also, wie gesagt, das ist jetzt einmal ein kleiner Auszug, kein Anspruch auf Vollständigkeit. Ich hoffe, das reicht dir so einmal aus. Ich kann dir gerne noch mehr Informationen schriftlich zur Verfügung stellen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Ganz kurz und zwar jetzt keine Frage in dem Sinn, sondern ich wollte vorweg sagen, mir ist durchaus klar, dass das Jugendamt da sehr viel leistet und das sollte überhaupt kein Angriff sein, sondern ich wollte einfach nochmals auf die Situation aufmerksam machen, weil vor allem, du hast es aber eh schon angesprochen,

Workshops in Bezug auf Sexualität, Sexualerziehung, aber auch für Mädchen Workshops in Zusammenarbeit mit Mädchenzentren, wo man auch den Mädchen, die zu uns kommen, vermittelt, was für Rollenbilder hier bei uns herrschen, beziehungsweise was sie für Rechte haben, also in der Hinsicht und vielleicht auch einfach persönlich, weil ich selber einiges halt als Flüchtling durchgemacht habe, es ist sehr wichtig, dass man auch mit diesem Thema sehr sensibel umgeht, das sind immerhin Jugendliche, wie gesagt, einfach nochmals drauf aufmerksam machen und es freut mich natürlich sehr, dass so viel gemacht wird. Danke (*Applaus Grüne*).